Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 119. **Dienstag, 26. Mai 1931, abends.** **84. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nach dem Fest.

Mit dem 1. April sollte, nach Versicherung der Regierung, eine neue Zeit beginnen. Wenn der Etat verabschiedet sei, dann . . . hieß es immer wieder. Am 1. April und nach dem 1. April aber wandelte sich herzlich wenig. Ostern ging als Pause vorüber, man hoffte wieder auf die Zeit nach Ostern. Und jetzt rückte das Pfingstfest heran, keine der gemachten Versprechungen aber ging in Erfüllung. Nur eines offenbarte sich in den verflossenen Wochen: das neue Defizit, der ständige Rückgang der Steuereinnahmen, die große Fehlrechnung, die der Finanzminister gegeben hatte. Eigentlich ist es überraschend, daß sich nicht heftigere Vorwürfe gegen Dr. Dietrich erheben, denn noch liegen die Reden nicht so lange zurück, da er uns bessere Tage verhieß. Vielleicht hält man ihm zugute, daß er eben auch ein Mensch sei, der nicht in die Zukunft schauen könne und die Entwicklung ihn zu allererst überrannt habe. Indessen: sieht man allenthalben großen Pessimismus, so ist es wiederum Dr. Dietrich, der nach wie vor an die Zukunft glaubt und weiterhin verheißt, die Verhältnisse werden sich bessern, der große Umschwung müsse kommen. Wenn er heute aber auch mit Engelszungen redete, niemand würde ihm glauben, die realen Tatsachen sprechen eine zu deutliche Sprache.

Eine dieser Tatsachen ist die, daß die Arbeitslosigkeit nur so minimal zurückgegangen ist, daß wir heute noch in einer doch saisonmäßig belebten Zeit noch immer mehr als 4 Millionen Arbeitslose haben. Sicherlich wird diese Zahl sich noch senken. Man hofft, der Mai werde den Arbeitsmarkt noch stärker beleben. Aber die Ueberzeugung bleibt bestehen, in diesem Sommer müssen mindestens 3 Millionen Arbeitslose unterstützt werden und demnach werde der Herbst und der nächste Winter die Arbeitslosenkatastrophe vollenden, das heißt die Arbeitslosigkeit derart erhöhen, daß sie jede geordnete Finanzlage zerstören muß.

Nun stehen zwar die Maßnahmen der Regierung bevor. Jedoch hört man herzlich wenig von der Ankurbelung der Wirtschaft, herzlich wenig von den Aussichten zur Arbeitsbeschaffung, dagegen nur von der Absicht, die Arbeitslosenversicherung einzuschränken und neue Lasten auf die bereits schwachen Schultern der breiten Masse zu legen. Die Notverordnung hängt in der Luft. Nach Pfingsten soll sie sich erfüllen. Ob sie nun noch im Mai oder in den ersten Junitagen erlassen wird, bleibt sich gleich. Sie kann, dessen muß man sich vorher einig sein, die Notlage nicht beseitigen und wird in Anbetracht unserer verfahrenen Situation ein Stückwerk bleiben.

Sie wird den innerpolitischen Kampf verschärfen, wird zur Sommertagung des Reichstags führen und jedenfalls eine Regierungskrise heraufbeschwören. Sicherlich kann auch eine andere Regierung die Lage nicht meistern, vielleicht trägt die kommende Krise sogar dazu bei, unsere Verhältnisse noch mehr zuzuspitzen. Aber schließlich: es muß sich etwas ereignen, das ist die allgemeine Empfindung, es muß eine Klärung eintreten. Der Augenblick ist voll schwerer Atmosphäre, die ein Gewitter ankündigt. Bekanntlich aber leidet der Mensch mehr unter einem drohenden Gewitter, als unter dem Ausbruch der Naturelemente. Wer möchte behaupten, es könnte aus den parlamentarischen und politischen Auseinandersetzungen sich der Weg aufwärts, der Weg zur Besserung bahnen? Im Gegenteil wird man mehr dazu neigen, daß keine Partei es vermag, die Schwierigkeiten zu meistern. So stellt man sich praktisch vielleicht am besten auf eine weitere Unsicherheit ein und rechnet damit, daß wir langsam aber sicher Kopf und Kragen verlieren, das heißt, in immer kritischere Verhältnisse geraten, bis einmal das große Wunder in Erscheinung tritt.

Beachtet man die bisher vergeblichen Bemühungen in Deutschland, in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik, die alle ein Ziel haben, so muß man den Glauben verlieren, daß sich aus Beratungen und Vorschlägen, aus Erkenntnis und Wollen eine gangbare Lösung kristallisiert, die einmal für die ganze Welt, sodann aber insbesondere für das notleidende Deutschland zum Retter wird.

Das mögen Worte sein, die wir in der letzten Zeit zu oft vernommen haben. Aber der Ernst der Zeit verlangt, mit offenen Augen zu sehen und verhöhnt die Vogelstraußpolitik. Begreiflich, wenn sich gläubige Gemüter wie Ertrinkende an jeden Strohhalm klammern und in jeder verheißungsvollen Meldung einen Lichtblick sehen. Auch wenn der Kanzler in Chequers, das ja nach Pfingsten die wichtige Begegnung zwischen deutschen und englischen Regierungsmännern bringen soll, das Reparationsproblem anschneidet, selbst wenn England einsieht, daß die Zeit gekommen sei, diese Frage in allem Ernst und mit Nachdruck zu erörtern, so können noch Monate und gerade die schlimmsten und beschwerendsten Monate verstreichen, ehe sich aus dem Verhandeln eine Verständigung und für Deutschland eine Erleichterung ergibt. Nun will eine englische Zeitung wissen, jedenfalls werde weniger über die Kürzungen der Tributlasten gesprochen, als über die Notwendigkeit, Deutschland Geld zuzuführen. Sie verheißt die englische Absicht, Deutschland eine langfristige und billige aber desto größere Anleihe zu vermitteln. Sicherlich ist diese Meldung heute nur als sagenhafter Strohhalm anzusehen. Eine Anleihe in ansehnlicher Höhe, die uns in die Lage versetzt, einmal die Finanzen wirklich zu sanieren, die Steuerschraube zurückzudrehen, Notstandsarbeiten zu schaffen, die Wirtschaft anzukurbeln, ist tatsächlich jetzt das Gegebene, sie wäre die einzige mögliche Rettung. Und angesichts der Geldlage des Auslandes könnte es auch nicht schwer sein, diese Anleihe flüssig zu machen, zumal Deutschland sicherlich die Sicherheit für mehrere Milliarden bieten könnte.

Es mag Einwände regnen, es mag heißen, wir verkauften uns doch, Hand aufs Herz, wie sollen wir anders aus dem Dilemma kommen? Es gibt eben für den bankerotten Kaufmann keine andere Möglichkeit, sich wieder hoch zu arbeiten, als Geld und wieder Geld. Er muß neues Betriebskapital haben. So ist es auch mit uns. Wir brauchen die Kraft des fließenden Geldes.

Und nach Pfingsten soll, so sind wir überzeugt, sich offenbaren, ob wir hoffen dürfen, nach Pfingsten werden politische Auseinandersetzungen im Innern und nach außen, werden Maßnahmen aller möglichen Struktur uns in Bewegung halten, und es wird sich zeigen, ob wir das große Glück haben, uns in letzter Stunde auf das Trockene retten und wieder aufatmen zu können. An diese Pfingsten als Wendepunkt werden wir lange denken. Entweder im guten oder bösen Sinn.

Was bringt die Notverordnung?

* Berlin. Der „Berliner Börsen-Courier" schreibt über die neue Notverordnung u. a.: Die umfangreichen Vorarbeiten der zuständigen Ressorts sind so gut wie abgeschlossen. Die neue Notverordnung baut u. a. auf der Sparermächtigung auf und wird eine ganze Reihe von Abstrichen an den einzelnen Etats bringen, dabei auch den Wehrhaushalt nicht verschonen. An diesem Haushalt sollen rund 50 Millionen eingespart werden. Das Kernstück der neuen Einnahmerechnung dürfte entweder eine etwa 4prozentige neue Kürzung der Beamtengehälter oder eine sogenannte Beschäftigungssteuer werden, die von sicheren Einkommen von einer etwas höheren Grenze aus erhoben werden soll. Von der ursprünglich geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer dürfte man absehen, da sie im Widerspruch zu den Bemühungen der Regierung stände, die Preise niedrig zu halten. Als wesentlicher Teil der Notverordnung ist die Reform der Arbeitslosenversicherung anzusehen. Der Vorschlag, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zu vereinheitlichen und die Gemeinden entsprechend zu finanzieren, würde eine Erweiterung der Bedürftigkeitsprüfung bringen, d. h. die Prüfung würde jetzt bereits vorgenommen werden, wenn die Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung erfolgt und nicht erst beim Uebergang von der Krisen- zur Wohlfahrtsfürsorge. Ferner soll die Unterstützung der Saisonarbeiter neu geregelt und etwa den Sätzen der Krisenfürsorge angepaßt werden. Schließlich ist u. a. eine Kürzung der Kriegsrenten in den leichtesten Fällen, und nur wenn ein ausreichender Verdienst da ist, vorgesehen. Von der Reform der Arbeitslosenversicherung erhoffen besonders die Städte, die unter der Schwere ihrer Wohlfahrtslasten finanziell vor dem Zusammenbruch stehen, eine fühlbare Erleichterung.

Nach dem Abschluß der Genfer Ratstagung.

Nächste Ratstagung am 1. September.

)(Genf. Die 64. Tagung des Völkerbundsrates ist in der Schlußsitzung des Rates auf den 1. September dieses Jahres festgesetzt worden.

*

Ein Protest Zaleskis. — Zurückweisung durch Dr. Curtius.

)(Genf. Der polnische Außenminister Zaleski hat es für notwendig gehalten, an den deutschen Außenminister als Präsidenten des Völkerbundsrates ein Schreiben zu richten, worin er sich darüber beschwert, daß Dr. Curtius bei der Aussprache über die Danziger Frage am Freitag nachmittag eine Erklärung abgegeben habe, deren letzter Teil eine politische Stellungnahme enthalten habe, die entgegen einer Gepflogenheit des Völkerbundsrates mit der polnischen Delegation nicht vorher vereinbart worden sei.

Dr. Curtius hat hierauf in einem Schreiben an den polnischen Außenminister erwidert: Ich bin mir bewußt, in voller Unparteilichkeit so gehandelt zu haben, wie die dem Rat und seinem Präsidenten obliegende Pflicht es erfordert. Deshalb kann ich Ihren Protest nicht zulassen. Ich werde Ihr Schreiben und seine Antwort den übrigen Mitgliedern des Rates zur Kenntnis bringen.

*

„Echo de Paris" über die Bilanz der Genfer Verhandlungen.

)(Paris. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" zieht die Bilanz aus den Genfer Verhandlungen; er fragt: Was hat Deutschland in Genf erreicht? Dr. Curtius, so erklärt er, habe die Verweisung des deutsch-österreichischen Protokolls an den Haager Gerichtshof unter der formellen Bedingung angenommen, daß eine politische Debatte nicht beginnen und daß der Völkerbundsrat nicht versuchen würde, die Folgen der deutsch-österreichischen Zollunion für den europäischen Frieden festzustellen. Dr. Curtius habe in diesem Punkte Genugtuung erhalten, ja noch mehr: Der Haager Gerichtshof werde sich über die Berechtigung der deutsch-österreichischen Zollunion im Hinblick auf Art. 88b des Vertrages von St. Germain und des Anleiheprotokolls vom 5. Oktober 1922, aber nicht im Hinblick auf Artikel 88 des Versailler Vertrages zu äußern haben. **Die Deutschen hätten in Genf gewiß nicht das Höchstmaß ihrer Wünsche und Forderungen erreicht.** Dieses Höchstmaß sei gewesen, Briand und Benesch das Versprechen zu entreißen, nicht mehr gegen das deutsch-österreichische Protokoll zu protestieren, sobald der Haager Gerichtshof sein Gutachten veröffentlicht habe. Briand und Benesch hätten sich ihr Recht, eine Debatte über die Folgen zu beantragen, vorbehalten. Aber ihrerseits sei das bereits eine gewaltige, unvorsichtige Konzession, die Ausübung dieses unbestreitbaren Rechtes verschoben zu haben. Das Höchstmaß der deutschen Wünsche und Forderungen habe auch eine Einbeziehung Rumäniens und Jugoslawiens in den deutsch-österreichischen Block noch vor der Genfer Debatte einbegriffen. Deutschland habe dieses Ziel nicht erreicht, aber in Bukarest zum wenigsten verdoppele es immer noch seine Bemühungen, und die große Verlegenheit, die sich in den Reihen der Kleinen Entente zeige, die von der europäischen Solidarität Briands genug habe und nach Wirtschafts- und sogar politischen Abkommen mit Italien suche, sei im Grunde genommen eine indirekte Rückwirkung der deutschen Taktik.

*

Henderson über die Tagung des Rates und des Europa-Ausschusses.

)(Genf. Kurz vor seiner Abreise aus Genf übergab der britische Außenminister Henderson der Presse eine Erklärung über die abgelaufene Ratstagung, in der es heißt:

Ich bin mit den Ergebnissen unseres hiesigen Aufenthalts zufrieden. Sowohl der Völkerbundsrat als auch der Europa-Ausschuß haben mehr Arbeit geleistet, als viele von uns vor zehn Tagen zu hoffen wagten. Die Behandlung der schwierigen Rechts- und Auslegungsfragen, die durch den deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion aufgeworfen wurden, hat dem Völkerbundsrat Gelegenheit gegeben, einen neuen Beweis für die Dienste zu liefern, die der Völkerbundsrat hinsichtlich dringender internationaler Fragen leisten kann. Diese Entscheidung beweist deutlicher als je den Wert des Völkerbundsrats als eines Werkzeuges zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Staaten, die sich in Meinungsverschiedenheiten befinden. **Das Werk des Europa-Ausschusses ist noch bedeutender gewesen und** legt Zeugnis davon ab, welchen Scharfblick Briand besaß, als er den Ausschuß ins Leben rief. Ich möchte annehmen, daß in kommenden Jahren das, was wir in der vergangenen Woche im Ausschuß geleistet haben, als der erste wirkliche Kollektivschritt der Nationen zur Beendigung der Weltwirtschaftskrise betrachtet werden wird. Der Ausschuß hat dem Problem der wirtschaftlichen Uneinigkeit auf dem Kontinent entschlossen ins Gesicht gesehen. Er hat zum mindestens einen Anfang mit der Ueberwindung des wirtschaftlichen „Kriegsgeistes" gemacht, von dem Regierungen und Völker heimgesucht worden sind. Damit hat er es den eingesetzten Komitees möglich gemacht, ihre Arbeit mit Aussicht auf wirkliche Erfolge zu beginnen.

*

Dr. Curtius berichtet über Genf.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, wird **Reichsminister Dr. Curtius** morgen im Kabinett über die **Genfer Tagung** berichten; auch der **Reichspräsident** wird den Reichsaußenminister wahrscheinlich am Mittwoch zum Vortrag über die **Ergebnisse der Verhandlungen des Europaausschusses** und des **Völkerbundsrates** empfangen.

Das **Reichskabinett** wird sich voraussichtlich auch mit der **Frage der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen** beschäftigen. Es steht aber noch nicht fest, wann und wo es zur Wiederaufnahme der Verhandlungen kommt.

Weiter wird im Mittelpunkt der politischen Beratungen dieser Woche die

neue Notverordnung

stehen, deren endgültige Redaktion eilt; denn sie soll vor dem Besuch des Kanzlers und des Außenministers in Chequers abgeschlossen sein.

*

Dr. Curtius wieder in Berlin.

)(Berlin. **Reichsaußenminister Dr. Curtius ist Sonntag nachmittag 1 Uhr 40 mit der deutschen Delegation, aus Genf kommend, in Berlin, Anhalter Bahnhof, eingetroffen.**